

Aus: Justicia, Encuentro y Perdón, <https://www.jepvenezuela.com>

## **Unvollständige Amnestie: Das weibliche Gesicht der politischen Verfolgung in Venezuela**

Caracas, 8. März 2026. – Am Internationalen Frauentag offenbart die venezolanische Realität eine Wunde, die sich noch immer nicht schließen will: Obwohl seit Dezember 2025 laut den Aufzeichnungen unserer Organisation die Rückkehr von 93 Frauen in ihre Häuser bestätigt wurde, sitzen weitere 103 aus politischen Gründen hinter Gittern. Trotz eines Amnestiedekrets ist die Freiheit zu einer tröpfchenweisen Erleichterung geworden, die an der Schwelle ihrer Zellen Halt macht. Es sind keine Statistiken; es sind unterbrochene Geschichten, Hände, die am täglichen Tisch fehlen, und Stimmen, die das Echo der Gefangenschaft von den Gutenachtgeschichten fernhält. Diese unvollständige Amnestie ist ein halbes Versprechen, ein Gesetz, das nicht ausreicht, um diejenigen zu retten, die sie am dringendsten brauchen, und eine humanitäre Schuld, die nicht aufgeschoben werden kann und den wahren Willen zu Gerechtigkeit und Gleichheit in Frage stellt.

Die Abwesenheit einer Frau im Haushalt ist kein Einzelfall: Es ist ein Bruch, der weitreichende Auswirkungen hat. Viele dieser Frauen sind Mütter, Töchter, Ehefrauen und oft auch die Hauptverdienerinnen ihrer Familien. Wenn eine Mutter inhaftiert wird, gerät der Alltag aus den Fugen: Es gibt Aufgaben, die niemand mehr erledigt, Mahlzeiten, die improvisiert werden, Nächte, in denen die Kinder auf einen Anruf warten, der nicht kommt. Betrachtet man die Auswirkungen auf Kinder und nahe Verwandte, so spüren heute mindestens 400 Menschen die direkten Folgen dieser Trennung; es sind leere Betten, ungescheckte Rucksäcke, Stille, die schwerer wiegt als jedes Urteil.

Gefängnisse sind für den weiblichen Körper keine neutralen Räume. Dort verschärfen sich Bedürfnisse, die schon in Freiheit dringend sind: Mangel an spezialisierter medizinischer Versorgung, unzureichende hygienische Bedingungen für die Menstruationsgesundheit, fehlende angemessene Betreuung für Schwangere und stillende Mütter. Dieser Mangel ist nicht nur administrative Nachlässigkeit; er ist zusätzliche Gewalt, die Würde und Gesundheit raubt. Die institutionelle Misshandlung und die soziale Stigmatisierung, denen viele ausgesetzt sind, wenn sie von den Machthabern an den Pranger gestellt werden, verlängern die Strafe über die Gefängnismauern hinaus und erschweren jede Möglichkeit der Wiedereingliederung.

Hinter jeder Zelle verbirgt sich eine Geschichte, die nach Menschlichkeit verlangt. Es gibt Mütter, die davon träumen, ihre Kinder wieder in den Schlaf zu wiegen; Töchter, die auf einen Anruf warten, der ihnen wieder Ruhe schenkt; Familien, die nicht nur körperliche Freiheit brauchen, sondern auch emotionale und wirtschaftliche Wiedergutmachung, um das wiederherzustellen, was die Verfolgung zerstört hat. Ihre Freilassung wäre nicht nur ein rechtlicher Akt: Es wäre die Rückgabe der Möglichkeit, Fürsorgerinnen, Arbeitnehmerinnen und vollwertige Bürgerinnen zu sein; es wäre die Rückgabe eines Teils des sozialen Gefüges an das Land, das heute zerrissen ist.

Die selektive Anwendung des Gesetzes untergräbt das Vertrauen in die Institutionen und schürt die Polarisierung. Eine halbherzige Amnestie beizubehalten, sendet eine Botschaft selektiver Straffreiheit aus, die die Bürgerbeteiligung entmutigt und Angst unter Andersdenkenden sät. Die anhaltende Kriminalisierung politisch aktiver Frauen hat eine abschreckende Wirkung auf die neuen Generationen: Junge Menschen, die beobachten, wie Dissens bestraft wird, lernen aus Angst zu schweigen. Ein echter gesellschaftlicher Wiederaufbau erfordert politischen Mut: das Gesetz ohne Ausnahmen anzuwenden, den Schaden wiedergutzumachen und echte Wege der Wiedereingliederung zu eröffnen.

Wiedergutmachung darf sich nicht darauf beschränken, die Türen eines Gefängnisses zu öffnen; sie muss konkrete Maßnahmen zur Heilung der Wunden umfassen. Es ist unerlässlich, eine umfassende medizinische Versorgung, psychosoziale Hilfsprogramme für die Frauen und ihre Familien, vorübergehende finanzielle Unterstützung für Haushalte, die ihren Ernährer verloren haben, sowie staatliche Maßnahmen zur Erleichterung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Zudem sind unabhängige Überwachungsmechanismen erforderlich, die die Einhaltung der Amnestie und der Haftbedingungen überprüfen, sowie öffentliche Kampagnen, die die Stigmatisierung abbauen und die Würde derjenigen wiederherstellen, die angeprangert wurden.

### **Die symbolische Dimension der Freilassung politischer Gefangener**

Es gibt eine symbolische Dimension, die nicht unterschätzt werden darf: Die Freilassung dieser Frauen ist ein Zeichen der Hoffnung. Das heißt, dass das Gesetz ein Instrument der Gerechtigkeit und nicht der Rache sein kann; dass die Politik offen sein kann für Versöhnung und nicht nur für Ausgrenzung. Es bedeutet anzuerkennen, dass die Demokratie gestärkt wird, wenn sie die Schwächsten schützt und wenn Gerechtigkeit nicht aus Bequemlichkeit, sondern aus Prinzipien heraus angewendet wird. Es bedeutet letztlich, dem Land die Möglichkeit zurückzugeben, sein soziales Gefüge wiederherzustellen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass hinter den Zahlen Gesichter stehen, die nach Erinnerung und Wiedergutmachung verlangen. Es sind keine Statistiken: Es sind Mütter, die Träume wiegen, Töchter, die auf Umarmungen warten, Familien, die ihren Alltag neu aufbauen, während die Abwesenheit ihr ständiger Begleiter ist. Eine vollständige Amnestie ist keine leere symbolische Geste; sie ist eine politische Entscheidung mit weitreichenden Auswirkungen: Sie entlastet familiäre Netzwerke, stellt individuelle Rechte wieder her und trägt zur kollektiven Heilung bei.

Möge die Feier des Internationalen Frauentags nicht nur aus Blumen und Reden bestehen, sondern ein Aufruf zu konkretem Handeln sein. Möge das Gesetz aufhören, ein unvollständiges Versprechen zu sein, und zu einer Brücke hin zu vollständiger Gerechtigkeit werden. Möge die Freiheit dieser Frauen als humanitäre Dringlichkeit und als notwendiger Schritt für den sozialen Wiederaufbau verstanden werden, den Venezuela braucht.

## Frauen, die Widerstand leisten

Am Internationalen Frauentag steht die Figur von **Emirlendris Carolina Benítez** als schmerzhaftestes Zeugnis einer Amnestie da, die für viele nach wie vor nur ein Versprechen bleibt. Ohne den geringsten Beweis gegen sie ist ihr Leben weiterhin an die Folgen einer unerbittlichen politischen Verfolgung in Venezuela gekettet. Die grausamen Folterungen, denen sie während ihrer willkürlichen Inhaftierung ausgesetzt war, haben nicht nur eine fortgeschrittene Schwangerschaft zunichte gemacht, sondern auch ihren Körper und ihre Geschichte mit bleibenden Folgen gezeichnet und sie an den Rollstuhl gefesselt. Diese Gewalt beschränkt sich nicht auf einen einzelnen Vorfall; sie ist ein Mal, das ihren Alltag durchzieht, ihre Gesundheit beeinträchtigt und ihre Chancen auf Genesung einschränkt. Von Emirlendris zu sprechen bedeutet, an absolute Unschuld zu erinnern, die zu einer Höchststrafe verurteilt wurde, die für Verbrechen, die sie nie begangen hat, ewig erscheint. Ihr Wesen wurde zu einem Schlachtfeld für ideologische Bestrafung, und ihre Würde, die im Geist unversehrt geblieben ist, schreit nach einem Horizont der Wiedergutmachung, der über die bloße Formalität der Freiheit hinausgeht.

Die menschlichen Kosten dieser Ungerechtigkeit wirken sich auf grausame Weise auf ihren Sohn aus, dessen Kindheit im Schatten einer erzwungenen Abwesenheit verging. Er ist ohne den ständigen Trost mütterlicher Umarmungen aufgewachsen, ohne den täglichen Kompass ihrer Führung, ohne die Melodie der Stimme, die Ängste vertreibt und Erfolge feiert. Diese aufgezwungene Leere verarmt nicht nur seine ersten Lebensjahre, sondern zerreißt das emotionale Gefüge einer ganzen Familie und vervielfacht die ethische Schuld des Staates. Emirlendris für ihren Sohn und für die Gemeinschaft zurückzugewinnen, ist nicht nur ein Akt individueller Gerechtigkeit; es ist eine dringende Maßnahme der kollektiven Heilung, die klare Wahrheit, umfassende medizinische Versorgung und unerschütterliche Garantien erfordert, damit keine andere unschuldige Frau jemals wieder mit ihrem Körper für mutmaßliche Vorwürfe gefährlicher Dissidenz bezahlen muss.

Mit gerade einmal sechzehn Jahren musste **Samantha Sofía Hernández Castillo** mit ansehen, wie ihre Träume als Teenager unter der Last des Gefängnisasphalts begraben wurden. Ihre gewaltsame und willkürliche Festnahme am 19. November 2025 in Caracas war ein schwerer Schlag gegen die Privatsphäre des Hauses ihrer Großeltern in El Valle. Ohne Haftbefehl oder Durchsuchungsbefehl drangen Beamte der DGCIM in die familiäre Zuflucht ein und verwandelten einen Ort der Fürsorge in den Schauplatz einer institutionalisierten Entführung. Die anschließende Vorführung dieser Jugendlichen vor dem 16. Gericht gegen den Terrorismus ist der Höhepunkt einer juristischen Absurdität: Es ist der Staat, der die Kindheit vor Gericht stellt und das Stigma des „Terrorismus“ in die Seele einer Minderjährigen einprägt, deren größtes Verbrechen offenbar die Blutsverwandtschaft ist, die sie mit der Dissidenz verbindet.

Samanthas Inhaftierung ist der grausamste Ausdruck der Blutrache als staatliche Politik. Aufgrund ihrer Abstammung – sie ist die Schwester eines im Exil lebenden Leutnants und die Nichte eines

Mannes, der Opfer eines Verschwindenlassens wurde – wird sie zur Geisel der Macht und muss eine Loyalitätsschuld begleichen, die ihr nicht obliegt. Während sie eigentlich Träume weben, Wissen erwerben und die für ihr Alter typischen Lebensräume bewohnen sollte, bleibt Samantha in einer leeren Gefängniswelt gefangen, die ihre prägenden Jahre zu verschlingen droht. Samantha in die Arme ihrer Mutter, Ámbar Castillo, und ihrer Gemeinschaft zurückzubringen, ist nicht nur ein Akt der rechtlichen Wiedergutmachung angesichts eines verfahrensrechtlichen Grauens; es ist ein ethischer Imperativ, um eine geraubte Zukunft zu retten und der Normalisierung einer Macht die Stirn zu bieten, die Kinder entreißt, um die Eltern zu brechen

Im Alter von 71 Jahren wurde der Alltag von **Merys Torres de Sequea** am 20. September 2025 in Guatire jäh unterbrochen. Als sie sich gemeinsam mit ihrer Nichte auf den Weg machte, um Medikamente für einen inhaftierten Verwandten zu besorgen, wurde sie von verummten Personen im Rahmen einer Aktion abgefangen, die von Angehörigen und Medien als gewaltsames Verschwinden angeprangert wurde. Diese willkürliche Tat löste sofortige Warnungen seitens zivilgesellschaftlicher und politischer Organisationen aus, die den Staat für das Wohlergehen beider Frauen verantwortlich machten. Die Schwere des Vorfalls überschritt die Landesgrenzen und veranlasste die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH), im November desselben Jahres Vorsichtsmaßnahmen zu erlassen und offizielle Informationen über ihre Situation anzufordern, was dem Fall eine unbestreitbare internationale Dimension der öffentlichen Aufmerksamkeit verleiht.

Die Angehörigen haben nachdrücklich auf die dringende Notwendigkeit einer medizinischen Versorgung für Merys hingewiesen – ein lebenswichtiges Bedürfnis, das die staatliche Verantwortung für die Gewährleistung menschenwürdiger Haftbedingungen und eines wirksamen Schutzes noch verstärkt, insbesondere im Falle einer Frau im fortgeschrittenen Alter. Die Inhaftierung einer über 70-jährigen Person, der transparente Informationen über ihren Status vorenthalten werden und die keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung hat, geht über den bloßen Freiheitsentzug hinaus und stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar. Kein Bürger darf als Druckmittel wegen seiner Verbindung zur Opposition grausamer oder unmenschlicher Behandlung ausgesetzt werden; die Wiederherstellung der Würde von Merys und die Sicherung ihrer Gesundheit sind ein ethischer und rechtlicher Imperativ, der keinen Aufschub duldet.

**Carla Yancelys Antón Farías** befindet sich seit dem 19. Juni 2019 in Haft, nachdem sie zusammen mit acht weiteren Militärangehörigen im Hauptquartier der 32. Brigade der Caribes in Monagas festgenommen wurde. Ihre Festnahme stand im Zusammenhang mit dem sogenannten „Fall der Gouverneurin von Monagas“, der auf einem Bericht der Strategischen Region für Integrale Verteidigung Ost (REDI) beruhte, in dem von einem angeblichen Plan die Rede war, regionale zivile und militärische Amtsträger, darunter die damalige Gouverneurin Yelitze Santaella, festzunehmen, um sie zum Rücktritt zu zwingen. Aufgrund dieser offiziellen Darstellung wurde die Beamtin wegen Landesverrats sowie Anstiftung zur Rebellion und zum Ungehorsam angeklagt und zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Der Fall von Carla Yancelys Antón Farías weist typische Merkmale des Einsatzes der Militärjustiz als Instrument der politischen Kontrolle auf: Festnahme ohne eindeutigen Haftbefehl, Fehlen öffentlicher Beweise für die vorgeworfene Rebellion, Verfahren mit eingeschränkter Verteidigungsmöglichkeit und Haftbedingungen, die grundlegende Rechte verletzen. Nach fast sieben Jahren Haft spiegelt ihr Fall nicht nur die Verfolgung innerhalb der Reihen der Streitkräfte wider, sondern verursacht aufgrund der Besuchsbeschränkungen und der prekären Haftbedingungen auch einen hohen menschlichen Preis für ihr familiäres Umfeld. Aus all diesen Gründen muss ihre Situation im Rahmen des Internationalen Frauentags als Symbol für die Anprangerung dieser Missstände hervorgehoben werden: nicht nur wegen der individuellen Betroffenheit, sondern auch wegen des Präzedenzfalls, den dies für den Schutz der Rechte von Frauen in den Streitkräften und für die Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen darstellt.

An diesem Internationalen Frauentag zeichnet sich die Geografie der Würde in Venezuela nicht in offiziellen Feierlichkeiten ab, sondern an den staubigen Rändern der Gefängnisse. Seit dem 8. Januar haben Hunderte von Müttern, Ehefrauen und Töchtern die Tore der Gefängnisse zur letzten Bastion ethischen Widerstands gegen Willkür gemacht. Ihre Anwesenheit ist kein passives Warten, sondern ein Beweis für Mut und Entschlossenheit, der dem Zahn der Zeit und der Undurchsichtigkeit eines Systems trotz, das sie unsichtbar machen will. Diese Frauen haben ihre Angst in eine permanente Mahnwache verwandelt und sich als moralischer Motor einer Gesellschaft erhoben, die sich weigert, politische Verfolgung zu normalisieren. Sie beweisen, dass keine Struktur fester ist als der unerschütterliche Wille, einem geliebten Menschen die Freiheit zurückzugeben.

Dieser alltägliche Heldentum entfaltet sich jedoch unter grausamen und absichtlichen Witterungsbedingungen, die eine Verlängerung der Strafe darstellen. Während die Welt die Fortschritte der Frauen feiert, leben diese Venezolanerinnen unter extrem prekären Bedingungen am Rande der Haftanstalten: Sie schlafen auf dem Asphalt, haben keinen Zugang zu grundlegenden Versorgungsleistungen und müssen mit dem absoluten Mangel an Lebensmitteln in einer Krise zurechtkommen, die sie doppelt trifft. Der Mangel an Mitteln für Transport oder eine würdige Unterkunft zwingt sie dazu, am Rande der Gesellschaft zu leben, wo sie beten, flehen und trotz körperlicher Erschöpfung ihren Glauben bewahren. Ihre Forderung an diesem Tag duldet keine leeren Parolen oder Blumen; sie fordert die Beendigung einer Politik, die ihren Familienfrieden raubt, und die sofortige Freilassung derer, die hinter Gittern der Grund für ihre unermüdliche und ungerechte Pilgerreise sind.

Übersetzt mit DeepL.com (kostenlose Version)

Korrigiert von der Amnesty Koordinationsgruppe Chile Venezuela

Verbindlich ist das Original

<https://www.jepvenezuela.com/2026/03/08/amnistia-incompleta-el-rostro-femenino-de-la-persecucion-politica-en-venezuela/>